



Geschäftsführung Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 16.09.2009

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 06.11.2008, 14:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Henk van Benthem	CDU	stellvertretend für Herrn Grau
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	stellvertretend für Herrn Bartsch bis 16.45 Uhr
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Dr. Michael Paul	CDU	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Frau Bettina Tull	Grüne	stellvertretend für Frau Dr. Müller
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz-Kurt Täubner	pro Köln	bis 16.00 Uhr
Herr Frank Kühl	Die Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen

Herr Ziya Cicek auf Vorschlag der FDP
Herr Ingo Stolle auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs
Frau Heidi Eichenbrenner AIDS-Hilfe Köln e.V.
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Dr. Ernst Drösemeier
Herr Michael Eppenich
Herr Dr. Jan Leidel
Herr Stephan Neuhoff
Frau Johanna Preßmar-Cuber

Schriftführerinnen

Frau Barbara Bültge
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln.

Beigeordnete Frau Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses den Ausschussmitgliedern vorliegen und die Erweiterungen am Rahmen, der um diese gezogen sind, erkannt werden.

Zum Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün bittet sie, die Tagesordnung um die Punkte 1.2, 5.6 und 7.1 im öffentlichen Gesundheitsteil und um die Punkte 14.1, 14.1.1, 14.2, 14.3, 16.1.8 und 19.4 im öffentlichen Teil Umwelt und Grün zu erweitern.

Folgende Unterlagen liegen als Tischvorlagen vor, alle anderen seien zugestellt worden:

- 4.5. und 16.9 Umsetzung der Millenniums-Erklärung
Auszüge aus verschiedenen Gremien
- 14.2 und 14.3 Anfragen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Bebauungsplanverfahren Grünzug West bzw. von SPD-Fraktion zur Umweltbelastung durch zwei Schrottplätze in Humboldt-Gremberg werden in einer der nächsten Sitzungen beantwortet

- zu 16.1 Friedhofssatzung
Auszug aus dem AVR und zwei Anträge von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke aus dem AVR
- 16.1.8. Friedhofssatzung
Alternativvorschlag zum Auswahlverfahren von Kooperationspartnern
- zu 16.2. Friedhofsgebührensatzung
Änderungsantrag der Fraktion die Linke aus dem AVR
- 19.4 Abschluss der Arbeiten der Stadtverwaltung zur ersten Stufe der Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie

Zu TOP 5.4 und 5.6 werde der Geschäftsführer der "Lernenden Region Netzwerk Köln" einen 15 bis 20 - minütigen Vortrag halten.

TOP 17.1 ziehe die Verwaltung zurück, da der Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage abgelehnt habe.

TOP 19.1 werde nach TOP 5.7 verschoben, da die Thematik in den vergangenen Sitzungen im Teil Gesundheit behandelt worden sei.

Zu TOP 16.6 werde Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik gegen 15.00 Uhr als Vertreter der Verwaltung anwesend sein, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten:

Im Betriebsausschuss der AWB bittet sie um Aufnahme des Punktes 5.2 auf die Tagesordnung. Alle Unterlagen seien zugestellt worden.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit den Änderungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
3766/2008

1.2 Chemieunfall bei der Firma INEOS
4578/2008

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Beschlussvorlagen

4.1 Verlängerung der befristet eingerichteten Planstellen von 1,0 Stelle Facharzt/-ärztin sowie 1,0 Stelle Krankenpfleger/-schwester zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung Wohnungsloser in NRW
3975/2008

4.2 Bau eines Pontons bzw. einer Bootshalle als Ausrückeinrichtung für das Rettungsboot
3775/2008

4.3 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz
3920/2008

4.4 Unbefristete Verlängerung der bis zum 31.12.2008 befristeten Planstellen von 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb + VG, Fg. 10/17 BAT (EG 9 TVöD) und 0,34 Stelle Bürosekretär/in VGr. VIII + TX BAT (EG 5 TVöD) für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung sowie für die Weiterführung des sexualpädagogischen Angebotes für männliche Jugendliche
4051/2008

4.5 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung
2617/2008

4.6 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von insgesamt 366.191 € im Haushaltsjahr 2008 und 501.643 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, bei Zeile 13 und in Höhe von 242.682 € im Haushaltsjahr 2008 und 177.581 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Zeile 16.
Überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.722 € im Haushaltsjahr 2008 und 3.979 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208 bei Zeile 14
1368/2008

4.7 Beschaffungsprogramm 2008 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes der Berufsfeuerwehr Köln
4424/2008

4.8 Weiterführung der Untersuchung der Katholischen Hochschule durch den Verein KOALA zur Alkohol- und Suchtproblematik bei Jugendlichen
4554/2008

5 Mitteilungen

5.1 Jahresbericht 2007 der Substitutionsambulanz Neumarkt
4185/2008

5.2 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände): Aktualisierung
4323/2008

5.3 Fachtagung "Hotel Plus" des Deutschen Roten Kreuzes e.V.
4435/2008

5.4 Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten
4261/2008

5.5 HealthCologne
1. Forum HealthRegion CologneBonn am 24. November 2008
4613/2008

5.6 "Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten" im Rahmen der Förderinitiative "Aktionsbündnisse Gesunde Lebensstile und Lebenswelten" des Bundesministeriums
4646/2008

5.7 Gemeinsame Trägerschaft der Lebensmitteluntersuchungseinrichtungen der Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen mit eigener Rechtspersönlichkeit
3883/2008

6 Mündliche Anfragen

6.1 Kopfläuse in Kindergärten

6.2 Kinderärztliche Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler

6.3 Technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr

II. Nichtöffentlicher Teil

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

7 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

7.1 Beschaffung von BOS Funkgeräten zur Sicherstellung des Feuerwehrfunks
4783/2008

7.2 Fragen zur Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg

8 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Beschlussvorlagen

11 Mitteilungen

12 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

13.1 Verkehrsübungsplatz Köln, Rolshover Straße
hier: Beantwortung der Anfrage des RM Herrn Dr. Fladerer zur Zukunft des
Verkehrsübungsplatzes aus der Sitzung vom 15.04.2008, TOP 24.1.1
4454/2008

13.2 Reinigung der Kölner Spielplätze
Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Fladerer in der Sitzung am 16.09.2008
4555/2008

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

14.1 Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rheincenter Weiden

Gemeinsame Anfrage nach § 4 Geschäftsordnung von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 18.08.2008
AN/1626/2008

14.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rhein Center Weiden
4547/2008

14.2 Bebauungsplanverfahren Grünzug West
AN/2214/2008

14.3 Umweltbelastungen durch zwei Schrottplätze in Humboldt-Gremberg
AN/2223/2008

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Beschlussvorlagen

16.1. Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008

Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlagen der Stadt Köln (DS-Nr. 3072/2008)
Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2008 aus dem AVR vom 03.11.2008
AN/2139 /2008

Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlagen der Stadt Köln (DS-Nr. 3072/2008)
Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2008
AN/2141/2008

Friedhofssatzung
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke vom 11.09.08 aus dem AVR vom 03.11.08
AN/1852/ 2008

16.1.1 Friedhofssatzung
Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
AN/1491 /2008

Friedhofssatzung
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
3502/2008

- 16.1.2 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen
3014/2008
- 16.1.3. Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Hinweise zu § 27 Abs. 2 des Satzungsentwurfes
3929/2008
- 16.1.4 Friedhofssatzung
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2008
AN/1904 /2008

Friedhofssatzung
Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-
Fraktion vom 15.09.2008
4130/2008
- 16.1.5 Kooperationsmodell und aktuelle Aktivitäten auf Melaten
Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
nen im AVR am 15.09.2008; AN/1782/2008
4023/2008
- 16.1.6 Weitere Hinweise zum § 27 Abs. 2 des Entwurfes der Bestattungs- und Fried-
hofssatzung
4121/2008
- 16.1.7 Friedhofssatzung
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion die Linke im AVR
4137/2008
- 16.1.8 Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Alternativvorschlag zum Auswahlverfahren von Kooperationspartnern
4970/2008
- 16.2. Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008

16.2.1 Friedhofsgebührensatzung
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2008 geb. § 13 der Ge-
schäftsordnung des Rates
AN/1631 /2008

Friedhofsgebührensatzung
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke vom 11.09.08 aus dem
AVR vom 03.11.08
AN/1851/ 2008
- 16.2.1 16.2.2 Friedhofsgebührensatzung
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion die Linke im AVR
4133/2008

- 16.3 Sanierung der Groov-Teiche in Köln-Porz-Zündorf
2. Durchgang
2546/2008
- 16.4 Freiraumkonzept "Zwischen schnellen Wegen"
3021/2008
- 16.5 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide)
2. Durchgang
3544/2008
- 16.6 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008
- 16.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR - Konzept zur Umsetzung des § 61 a LWG NW
(Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksleitungen)
4123/2008
- 16.8 Lieferung von Parkbänken und Papierkörben
4237/2008
- 16.9 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung
2617/2008
- 17 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3385/2008
von der Verwaltung zurückgezogen
- 18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 19 Mitteilungen**
- 19.1 verschoben nach TOP 5.7
- 19.2 Pappeln am Rheinufer
4396/2008

19.3 Sanierung und Aufwertung des Äußeren Grüngürtels - Teilbereich Kalscheurer Weiher
4397/2008

19.4 Abschluss der Arbeiten der Stadtverwaltung zur ersten Stufe der Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie
4003/2008

20 Mündliche Anfragen

20.1 Einsatz von Titandioxid-beschichteten Pflastersteinen zur Reinigung der Luft von verkehrsbedingten Schadstoffen
Mündliche Anfrage von RM Frau Frebel

II. Nichtöffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün (ohne Betriebsausschuss "Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln")

21 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

22 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

23 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

24 Beschlussvorlagen

24.1 Allgemeine Beschlussvorlagen

24.1.1 Prüfbericht Verfahren zur Beschaffung von Fahrzeugen und Maschinen bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
3158/2008

24.1.2 Generalpachtvertrag mit dem Kreisverband Köln der Kleingärtnervereine e.V.
3852/2008

Generalpachtvertrag mit dem Kreisverband Köln der Kleingärtnervereine e.V.
4617/2008

24.2 Vergaben

25 Mitberatung von Planungsvorlagen

26 UVP-relevante Planungen und Projekte

27 Mitteilungen

28 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW) 3766/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Bilke stellt fest, dass die Erwartungen vieler Menschen vom NiSchG NRW nicht erfüllt wurden. Wie die Verwaltung mitteilt, wird dem Rauchverbot in den öffentlichen Einrichtungen problemlos nachgekommen. Die Umsetzung in den Gaststätten sei jedoch ein großes Problem. Die städtischen Mitarbeiter, die die Kontrollen dort durchführen, müssen letztendlich die Unzulänglichkeiten der politischen Entscheidung austragen. Dass die Verwaltung das Ministerium bezüglich der Anerkennung von Raucherclubs angeschrieben habe, begrüße er sehr. Er möchte wissen, ob die Stadt tatsächlich nur dann Eingriffsmöglichkeiten habe, wenn es massive Verstöße gäbe.

Herr Götting bestätigt diese Vermutung. Die Ordnungsverwaltung stehe aber mit dem Ministerium in Kontakt. Es werden die Punkte angesprochen, die tatsächlich den Ordnungsbehörden und den Nichtrauchern Probleme machen. Das Hauptproblem sei der Raucherclub. In NRW bestehe ein sehr liberales NiSchG und die Clubs wurden extra in das Gesetz aufgenommen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband unterstütze die Gastronomie darin, diese Clubs zu gründen. Es handelt sich hier um einen einfachen Vorgang:

- zwei natürliche Personen seien ausreichend
- keine Eintragung im Vereinsregister
- die erforderliche Satzung wird aus dem Internet heruntergeladen
- es muss eine Mitgliederliste vorliegen und
- eine Einlasskontrolle durchgeführt werden

Für die Ordnungsbehörde sei es sehr schwierig, diese Voraussetzungen zu überwachen, da die Beweislast, dass es sich nicht um einen Raucherclub handelt, bei der Stadt läge. Ein weiteres Problem sei, dass die Gaststätten, die sich an das NiSchG halten, einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Gaststätten erkennen, die einen Raucherclub eingerichtet haben.

Das Landesministerium habe signalisiert, dass das neue NiSchG Raucherclubs nicht mehr vorsehen wird. Es bleibe jetzt nur noch die politische Entscheidung im Landtag abzuwarten.

Herr Götting ergänzt, in Köln gäbe es ca. 6.600 Gaststätten. 4.000 wurden gezielt auf Raucherclubs überprüft, davon seien 360 Gaststätten als solche deklariert worden.

1.2 Chemieunfall bei der Firma INEOS 4578/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

In einem Gespräch zwischen SB Herrn Dr. Albach und der Flittarder Freiwilligen Feuerwehr wurde signalisiert, dass durch die Umstrukturierung in den Werken die Kontakte zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und den Werkfeuerwehren im Kölner Chemiegürtel speziell an dieser Stelle deutlich zurückgegangen seien.

Weiterhin weist er auf die Antwort der Verwaltung zu Frage 1, in der die gewonnenen Erkenntnisse in eine Werkfeuerwehrverordnung NRW einfließen sollen. Ist dort auch die Zusammenarbeit zwischen Freiwilliger Feuerwehr und Werkfeuerwehr geklärt? Werden Schulungen für die Freiwilligen Feuerwehren angeboten? Wie wird das Zusammenwirken zukünftig in Köln gestaltet werden?

Herr Neuhoff erwidert, dass ihm die Klagen aus Flittard nicht bekannt seien. Er werde diesem Hinweis nachgehen.

Es liegt noch kein Entwurf der Werkfeuerwehrverordnung vor, so dass Herr Neuhoff noch keine Aussage darüber machen kann, inwieweit die Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr darin berücksichtigt werde. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren, die dem Städtetag zugeordnet ist, erhält den Entwurf der Verordnung zur Stellungnahme. Erst dann könne versucht werden, darauf Einfluss zu nehmen.

SE Herr Donath berichtet von einer Pressemeldung, danach läge dem Umweltausschuss des Landtages NRW das TÜV-Gutachten vor. Er bittet, dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün dieses Gutachten zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher erklärt, dieses Gutachten umfasse ca. 800 Seiten und sollte aus Kostengründen nicht allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Er gehe davon aus, dass durch dieses Gutachten der Brand bei INEOS noch mal eine neue Qualität bekommen habe. Der Ausschuss sollte sich damit zu einem anderen Zeitpunkt befassen. Sinnvoll wäre es, dafür eine Zusammenfassung der 800 Seiten zu erhalten.

RM Frau Gärtner regt an, in einem Fachgespräch außerhalb einer Ausschusssitzung mit der Verwaltung und der Feuerwehr gemeinsam das Gutachten auszuwerten. Pro Fraktion sollten zwei Personen daran teilnehmen, die besonders mit dem Thema befasst seien.

Beigeordnete Frau Bredehorst weist darauf hin, dass zurzeit Dezernat II und die Feuerwehr einen stadtinternen Auswertungsbericht erarbeiten, der dann im Stadtvorstand diskutiert werde. Danach sollen Auszüge des Berichtes im Ausschuss vorgestellt werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher sieht die Notwendigkeit, sich in naher Zukunft, wenn alle Gutachten vorliegen und ausgewertet sind, im Ausschuss mit der Problematik erneut zu befassen. Wenn erkennbar sei, dass dies vertiefend geschehen sollte, könnte man der Anregung von Frau Gärtner, ein Fachgespräch zu führen, folgen.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Beschlussvorlagen

4.1 Verlängerung der befristet eingerichteten Planstellen von 1,0 Stelle Facharzt/-ärztin sowie 1,0 Stelle Krankenpfleger/-schwester zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung Wohnungsloser in NRW 3975/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Weiterführung des Mobilien Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt und zur weiteren Teilnahme am Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in NRW ab dem 01.01.2009, die Verlängerung der bis zum 31.12.2008 eingerichteten befristeten Planstellen

a) 1,0 Stelle Facharzt/Fachärztin VGr. Ib/Ia Fgr. 1/1 BAT (jetzt E 15 TVöD) sowie

b) 1,0 Stelle Krankenpfleger/Krankenschwester VGr. KR VI Fgr. 7 BAT (jetzt E 9 A TVöD)

bis zum 31.12.2010.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bau eines Pontons bzw. einer Bootshalle als Ausrückeinrichtung für das Rettungsboot 3775/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt den Bau eines Pontons bzw. einer Bootshalle als Ausrückeinrichtung für das Rettungsboot mit Gesamtkosten in Höhe von 290.000,- € - Haushaltsjahr 2008.

2. Der Rat beschließt die Bereitstellung und die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 290.000,- € zum Bau eines Pontons bzw. einer Bootshalle als Ausrückeinrichtung für das Rettungsboot.

Diese Bereitstellung erfolgt durch eine Mittelumschichtung von der konsumtiven- in die investive Finanzrechnung in den Teilfinanzplan 0208 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst – Teilfinanzplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen - Haushaltsjahr 2008

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Verlängerung der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger als Bestandteil einer integrierten Substitutionsambulanz 3920/2008

RM Herr Paetzold sieht die Notwendigkeit der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger. Ein Umding wäre jedoch, dass die Behandlung einer Krankheit von der Kommune getragen werden muss. Da die medizinische Versorgung eine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung sei, bittet er die Verwaltung, entsprechend initiativ zu werden.

Beigeordnete Frau Bredehorst wird im Namen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün das Bundesministerium erneut bitten, dass die medizinischen Kosten, wie auch im Methadonprogramm, von den Krankenkassen zu übernehmen wären. Die Stadt hätte dann den sozialarbeiterischen Anteil zu tragen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die weitere - über den 31.12.2008 hinausgehende - Integration der heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger in die städtische Methadonambulanz.

Zur Umsetzung beschließt der Rat weiter – vorbehaltlich der Verlängerung der bis zum 30.06.2010 gültigen Genehmigung des Bundesinstituts für Arzneimittelprüfung für die Vergabe von Heroin (Diamorphin)- die Verlängerung der bis zum 31.12.2008 befristeten eingerichteten Planstellen

- 0,5 Stelle Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fgr. 1/1 BAT (E 15 TVöD),
- 2,0 Stellen Krankenschwester/Krankenpfleger Kr VI Fgr. 7 BAT (E 9a TVöD),
- 0,25 Stelle Bürosekretärin/Bürosekretär VGr. VIII + TX BAT (E 5 TVöD)

jeweils bis zum 31.12.2010

sowie

- die Gewährung eines Zuschusses an die Drogenhilfe Köln gGmbH in Höhe von 120.300 € p. a. für die Jahre 2009/2010 zur Sicherstellung der psychosozialen Betreuung der Klientel und der Heroinvergabe an Wochenenden

Die notwendigen Mittel für 2009 in Höhe von 147.700 € für Personalkosten und 273.000 € für Sachkosten stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Unbefristete Verlängerung der bis zum 31.12.2008 befristeten Planstellen von 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb + VG, Fg. 10/17 BAT (EG 9 TVöD) und 0,34 Stelle Bürosekretär/in VGr. VIII + TX BAT (EG 5 TVöD) für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung sowie für die

Weiterführung des sexualpädagogischen Angebotes für männliche Jugendliche 4051/2008

Beschluss

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Gewährleistung der gesetzlich vorgesehenen Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktangebote im Kölner Stadtgebiet und zur Weiterführung des sexualpädagogischen Angebotes für männliche Jugendliche zum Stellenplan 2010 die unbefristete Weiterführung folgender bis zum 31.12.2008 befristeten Stellen:

- 1,0 Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb + VG, Fg. 10/17 BAT (EG 9 TVöD) und
- 0,34 Bürosekretär/in VGr. VIII + TX BAT (EG 5 TVöD).

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden im Rahmen der Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung 2617/2008

Der Ausschussvorsitzende Herr RM Bacher empfiehlt, sich dem Beschluss des Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

SB Herr Dr. Albach weist auf einen offensichtlichen Tippfehler auf Seite 2 hin:

Bei den Kosten für 2010 sind 250.000 € und für 2011 sind 250 € pro Jahr angegeben. Hier sollte eine Korrektur erfolgen.

RM Herr Dr. Paul kann sich unter der Nr. 3 des vom Wirtschaftsausschuss beschlossenen Beschlussentwurfes wenig vorstellen und bittet um Erläuterung. Dieser Punkt lautet wie folgt:

Der Rat der Stadt bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, wenn noch Unklarheiten bestünden, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

RM Herr Dr. Paul würde die Beschlussvorlage, so wie sie die Verwaltung erstellt habe, heute beschließen wollen.

Beigeordnete Frau Bredehorst erläutert, dass der Wirtschaftsausschuss zwei Punkte aus der Verwaltungsvorlage herausgenommen habe, da sie noch nicht haushaltsrelevant seien. Der Integrationsrat hat ebenfalls wie der Wirtschaftsausschuss beschlossen.

RM Herr Dr. Paul bekräftigt noch mal, dem Beschlussentwurf der Verwaltung zu folgen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Dr. Bacher bringt zuerst die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in vorgelegter Form.
2. Der Rat stellt dafür ab dem Haushaltsjahr 2010 jährlich 250.000 € zur Verfügung. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2010 zu veranschlagen.
3. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten - mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel
4. Der Rat beschließt des Weiteren zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer zusätzlichen zunächst bis 31.12.2012 befristeten halben Personalstelle StOI BesGr. A 10 BBO für die Umsetzung der vom Schulverwaltungsamt aufgeführten Maßnahmen. Sofern mit der Umsetzung bereits zum 01.01.2010 begonnen werden sollte, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.
5. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **abgelehnt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden geänderten Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in vorgelegter Form.
2. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten – mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.
3. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Die Beschlussfassung über die in der Vorlage enthaltenen Beschlüsse Nr. 2 und 4, die sich auf das Haushaltsjahr 2010 ff. beziehen, sollte dem neu gewählten Rat überlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

- 4.6 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von insgesamt 366.191 € im Haushaltsjahr 2008 und 501.643 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, bei Zeile 13 und in Höhe von 242.682 € im Haushaltsjahr 2008 und 177.581 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Zeile 16.**
Überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.722 € im

**Haushaltsjahr 2008 und 3.979 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208 bei Zeile 14
1368/2008**

Für SE Frau Barion wäre es klar, dass die Stationierung des Hubschraubers am Flughafen nicht kostenfrei sei. Wenn aber jetzt eine derartige Kostenerhöhung dem Ausschuss vorgelegt werde, machte es sie schon stutzig. Sie habe Fragen zur Anlage 1 und greift zwei Positionen heraus: Gebühren, Infrastrukturnutzung, Landegebühren oder Position Unterbringung, Miete incl. Nebenkosten. Diese Kosten sind sehr hoch und hätten ihrer Meinung nach vorher bekannt sein müssen. *Wie kommt es zu dieser nachträglichen Kostenerhöhung?*

Herr Rosenberger erläutert, dass der Umzug des Hubschraubers sehr kurzfristig erfolgte und die Verwaltung immer wusste, dass der Standort Flughafen ein teurer Standort sein werde. Ursprünglich wurde angenommen, den Hubschrauber in einen Hangar unterzubringen und daneben einen Container zu platzieren. Das ging nicht, sondern der Hubschrauber muss morgens zum Container umgesetzt werden, da dort die Rettungsmannschaft untergebracht sei. Da er dort im Freien stehe, muss in den Wintermonaten eine separate Beheizung erfolgen. Die Container müssen ebenfalls winterfest gemacht werden. Hier werden Leitungen unterirdisch verlegt, damit diese frostsicher sind. Aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten am Flughafen entstanden Mehrkosten, die im Einzelnen so nicht vorhersehbar waren.

RM Frau Gärtner weist auf eine Mail hin, die sie von einer Luftrettungs-Adresse erhalten habe, in der die Politik beschimpft werde, was der Besatzung dort zugemutet werde, dass es unverantwortlich sei und die Politik keine Ahnung hätte. Da wird beschrieben, dass die Leitungen einfrieren und dies für das Personal unzumutbar sei. Von diesen Dingen war der CDU-Fraktion bis heute nichts bekannt. In Kombination mit dieser Verwaltungsvorlage hat es sie doppelt betroffen gemacht.

Sie findet diese Vorgehensweise dieses Mail-Absenders nicht in Ordnung *und fragt die Verwaltung, ob ihr etwas davon bekannt sei*. Darüber hinaus möchte Sie über den derzeitigen Sachstand informiert werden und regt an, die Antwort vielleicht im nicht öffentlichen Teil zu geben.

SE Frau Barion gibt noch mal zu bedenken, es handele sich hier um die Kosten für ein Provisorium. Sie schließt sich den Äußerungen von Frau Gärtner an und möchte wissen, wie es mit dem Kalkberg weitergehe und vor allen Dingen wann. Laut Pressemeldung läge die Genehmigung der Verwaltung ja vor.

Ausschussvorsitzender Herr RM Bacher weist auf die immerhin erschreckend hohen Kosten von rund 1,3 Millionen € hin, die laut Vorlage unumgänglich seien.

Herr Rosenberger schlägt vor, im nicht öffentlichen Teil auf die Fragen einzugehen, da es sich hier auch um Mietverhältnisse handelt.

Der Ausschuss UGG ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

RM Herr Paetzold kann den Hinweis, dass die Verlagerung des Hubschraubers sehr kurzfristig erfolgte, nicht so stehen lassen. Seit Jahren beschäftige sich der Ausschuss mit der Angelegenheit. Das es da nicht zu differenzierten Kostenschätzung im Vorfeld kommen konnte, kann er nicht nachvollziehen. Auch sei ihm unklar, warum man mit dem Flughafen nicht schon viel früher in Verhandlungen eingetreten sei.

Herr Rosenberger erwidert, dass aufgrund einer städtebaulichen Vereinbarung, die letztlich dazu führte, dass der Hubschrauber von Merheim weg musste und der Kalkberg oder ein anderer dauerhafter Standort nicht zur Verfügung stand. Zu diesem Zeitpunkt lag der Verwaltung noch keine Genehmigung für den Kalkberg vor.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bringt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung und weist auf die weitere Behandlung der Fragen zur aktuellen Situation im nicht öffentlichen Teil hin.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand von 366.191 € im Haushaltsjahr 2008 und von 501.643 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Aufwand von 242.682 € im Haushaltsjahr 2008 und 177.581 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Darüber hinaus beschließt der Rat die überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.722 € im Haushaltsjahr 2008 und 3.979 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 14, bilanzielle Abschreibungen.

Die Deckung erfolgt in den Haushaltsjahren 2008/2009 durch zahlungswirksame Mehrerträge in gleicher Höhe im Teilergebnisplan 0208 bei Zeile 4 öffentlich rechtliche Leistungsentgelte vorbehaltlich der Neufassung des bestehenden Entgeltvertrages mit den Kostenträgern im Luftrettungsdienst (Krankenkassen) im Jahr 2008 und der Umstellung auf Satzungsrecht im Jahr 2009.

Zudem beschließt der Rat eine Freigabe von Kassenmitteln im Teilfinanzplan 0208, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 3703-0208-8-1000 „Neubau RTH-Station“ in Höhe von 25.351 € zur Beschaffung der gemäß Anlage 1 notwendigen Vermögensgegenstände im Rahmen der baulichen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

**4.7 Beschaffungsprogramm 2008 für die Fahrzeuge des Rettungsdienstes der Berufsfeuerwehr Köln
4424/2008**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher berichtet, dass an ihm die Bitte herangetragen wurde, sich heute mit dem TOP nicht zu befassen um den interessierten Ausschussmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich vor Ort über die Notwendigkeit der Neubeschaffung zu informieren. Die Verwaltung sollte Aussagen zu den betriebswirtschaftlichen Gründen und der Notwendigkeit der Beschaffungsmaßnahme machen. Er bittet darum, den Termin mit ihm abzustimmen. Danach könnte dann in der Dezembersitzung die Beschlussvorlage beraten werden.

Die Verwaltung sagt eine Terminabstimmung zu.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird in die Dezembersitzung geschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.8 Weiterführung der Untersuchung der Katholischen Hochschule durch den Verein KOALA zur Alkohol- und Suchtproblematik bei Jugendlichen 4554/2008

Nach Auffassung von RM Frau Gärtner sollte das Projekt fortgeführt werden. Sie bittet die Verwaltung, die Ergebnisse hier im Ausschuss vorzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt wie folgt zu beschließen:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bewilligung des Zuschusses in Höhe des durch den Finanzausschuss freigegebenen Betrages an den Verein KOALA e. V.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe in Höhe von 40.000 € für die Weiterführung der Untersuchung der Katholischen Hochschule durch den Verein KOALA e.V. (Kinder ohne den schädlichen Einfluss von Alkohol und anderen Drogen) zur Alkohol- und Suchtproblematik bei Jugendlichen.

Die Freigabe der Mittel erfolgt aus den für 2008 im Rahmen des politischen VN zusätzlich bereitgestellten Mitteln, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) im Teilplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Jahresbericht 2007 der Substitutionsambulanz Neumarkt 4185/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herrn Dr. Albach fällt auf, dass die mittlere Verweilzeit im Projekt abnehme und die Zahl der Abbrüche gestiegen sei. Entweder auf Wunsch der Betroffenen, auf Empfehlung der medizinischen Versorgung oder auf der Basis von Inhaftierungen. Es stelle sich die Frage, ob das statistisch signifikant sei. Die Zahlen wurden bisher nicht kommentiert.

Konkret handele es sich hier um die Seite 12 des Berichtes. Auf der einen Seite nähme die Nulldosis ab, auf der anderen Seite steigen die Abbrüche durch die Patienten von 16,3 % auf 33,3 %. Bei den Abbrüchen durch die Ambulanz sinken diese von 17 % auf 8 %. Bei den Abbrüchen durch Inhaftierung sei ein Anstieg von 10 % auf 25 % zu verzeichnen. Er bittet die Verwaltung um Erläuterung.

SE Herr Dr. Krebs gibt zu bedenken, dass bei jeder Entzugsbehandlung das Wichtigste die Motivation sei. Bei den meisten Ambulanzen sei dies eine Voraussetzung. Die Betroffenen sollten nicht durch Gerichtsaufgaben gezwungen werden, sondern jederzeit abrechnen können.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**5.2 Zuständigkeit für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen (Kommunen oder Landschaftsverbände): Aktualisierung
4323/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zu Kenntnis.

**5.3 Fachtagung "Hotel Plus" des Deutschen Roten Kreuzes e.V.
4435/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten
4261/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 HealthCologne
1. Forum HealthRegion CologneBonn am 24. November 2008
4613/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 "Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten" im Rahmen der Förderinitiative "Aktionsbündnisse Gesunde Lebensstile und Lebenswelten" des Bundesministeriums
4646/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher begrüßt den Geschäftsführer der „Lernenden Region Netzwerk Köln“ Herrn Kai Sterzenbach und erteilt ihm das Wort.

Herr Sterzenbach gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des Bündnisses (siehe auch Anlage):

Selbstverständnis und Arbeitsauftrag

Das Kölner Bündnis für gesunde Lebenswelten ist ein freiwilliger, zeitlich nicht befristeter Zusammenschluss von Akteuren aus Kommune, Wissenschaft, (Kosten-) Trägern, Netzwerken und Praxis.

Das Bündnis entwickelt bedarfsgerechte, kommunale Strategien zur Verbesserung der Gesundheitsförderung für Kinder, Jugendliche und Familien zunächst in den definierten Kölner Sozialraumgebieten und in einem zweiten Schritt gesamtstädtisch.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Ziel, Kinder, Jugendliche und deren Familien zu einem ganzheitlichen gesundheitsbewussten Verhalten zu motivieren, das Bewegungsförderung, Stressregulation und gesunde Ernährung umfasst und ihnen dafür

entsprechende Angebote zur Verfügung stellen zu können. Diese Aufgabenstellung schließt die Elternarbeit ebenso mit ein wie die Qualifizierung der in Settings und Projekten arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kooperationsstrukturen

In Köln gibt es eine Vielzahl an Praxisprojekten zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen. Das Bündnis fördert die Transparenz über diese vielfältige Angebotslandschaft. Bewährte Praxisprojekte vernetzen sich mit Unterstützung des Bündnisses und werden nachhaltig zu flächendeckenden Angebotsstrukturen ausgebaut.

Das Bündnis versteht sich als eigenständiger Akteur, der mit Institutionen, Initiativen und Projekten im Bereich Gesundheitsförderung kooperiert.

Zielgruppen und Settings

Das Bündnis verfolgt das Ziel, die alltäglichen Lebensräume von Kindern und Jugendlichen (Vorschulalter/Kindergarten, Schule und Freizeit/Verein und nicht zuletzt Familie) gesundheitsförderlich zu gestalten. Verfolgt wird ein Setting-Ansatz, bei dem sich verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen auf jene Lebensräume richten, die einen starken Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen ausüben.

Sozialraumorientierung

Leitend für die Aktivitäten des Bündnisses ist ein bedarfsorientierter Ansatz. Das Bündnis trägt in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren in den definierten Kölner Sozialraumgebieten, (z.B. Sozialraumkoordination, Vereine, Initiativen und engagierten Bürger/innen) maßgeblich und nachhaltig zu einem gesunden Lebensstil von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien bei.

Handlungsrahmen

Die Bündnispartner haben sich auf einen Werterahmen verständigt, der auf die Projekte im Bündnis zutreffen und für die Zusammenarbeit Gültigkeit haben soll.

- Niederschwelligkeit der Angebote
- Vermittlung von Lebenskompetenz für selbst bestimmtes Leben
- Freiwilligkeit der Teilnahme an Angeboten
- Diskriminierungsfreiheit der Angebote
- Gender Mainstreaming
- Berücksichtigung von Migrationsaspekten
- Nachhaltigkeit der Angebote
- Innovationscharakter der Angebote
- Einhaltung von Qualitätsstandards in der Netzwerkarbeit und den Teilprojekten

Gesundheitsziele

Das Bündnis formuliert - mit der „Kommunalen Gesundheitskonferenz“ abgestimmte - qualitative und quantitativ messbare Gesundheitsziele für die Region Köln und trägt durch seine Arbeit aktiv zu deren Umsetzung bei.

Professionalisierung

Das Bündnis fördert die Qualifizierung von Akteuren in den relevanten Settings und unterstützt die Kooperation von Qualifizierungsträgern in einem „Kompetenzzentrum Qualifizierung“. Das „Kompetenzzentrum Qualifizierung“ soll Angebotslücken identifizieren und diese durch Initiierung neuer Angebote schließen.

Qualitätssicherung und Evaluation

Das Bündnis stellt Projektträgern Instrumente zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation bereit und unterstützt deren Anwendung. Die Instrumente der Selbstevaluation sollen einen „Kontinuierlichen Verbesserungsprozess“ der Einzelprojekte unterstützen.

Wissenschaft und Forschung

Das Bündnis unterstützt die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse auf den Themenfeldern Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und Stressregulation in einem „Kompetenzzentrum Wissenschaft und Forschung“. Ein zentrales Erkenntnisinteresse ist die Entwicklung geeigneter Zugangswege zu Zielgruppen, die bisher von den verfügbaren Angeboten nicht oder nur unzureichend erreicht werden. Das Bündnis fördert den Praxistransfer der Forschungsergebnisse durch Informationsveranstaltungen, Publikationen und Qualifizierungsangebote.

Herr Sterzenbach wäre in erster Linie daran interessiert, aus der Mitte des Ausschusses Ideen und Anregungen zu erhalten, wie das Projekt für Köln erfolgreich weiter entwickelt werden kann.

RM Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Sterzenbach für die interessanten Ausführungen.

Beigeordnete Frau Bredehorst ergänzt, es sei vorgesehen, auch die Kommunale Gesundheitskonferenz, die ja thematisch sehr stark beteiligt ist, mit einzubeziehen. Die Aussagen von Herrn Sterzenbach bestätigen den Ansatz, den die Jugenddezernentin und sie versucht haben aufzugreifen. Es wurde festgestellt, dass es bei der Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche sehr viele Projekte gäbe. Die Stadt sei aber noch nicht so weit, dass alle nachhaltig und flächendeckend verankert sind. Das heißt, es hänge von engagierten Menschen, Institutionen und Organisationen ab. Sie ist der Überzeugung, dass zum ersten Mal die verschiedenen Akteure, die sich mit der Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche befassen, vereinigt sind.

SE Herr Donath fragt nach, ob die Initiative „Kita fit“ in diesem Bündnis mitarbeitet. Sein Turnverein sei seit 2 Monaten mit einem Bewegungsangebot in dieser Initiative eingebunden. Ein Übungsleiter gehe einmal die Woche in einen Kindergarten. Die Aktivitäten sollen demnächst ausgeweitet werden.

Für ihn sei alles sehr verwirrend. Zurzeit seien unendlich viele Initiativen auf diesem Gebiet tätig. Wenn man die Zielsetzung Ernst nähme, seien die Aktivitäten schon relativ umfangreich. Herr Donath möchte gerne näheres zu der Einbindung von Sportvereinen in das Bündnis hören.

Herr Sterzenbach erläutert, dass es in der Tat zwei Ebenen sind. Der Stadtsportbund und die Sportjugend sind Kooperationspartner. Die Interessen der Vereine werden über diese beide Einrichtungen vertreten. Auf diesem Weg sichert sich das Bündnis einen Einblick in die unterschiedlichen Vereinsstrukturen. Jeder kann Projekte in das Bündnis hineinragen. Wenn jemand ein Projekt, eine Idee oder einen Ansatz vor Ort habe, dann ist man in diesem Bündnis genau richtig. Herr Sterzenbach möchte allerdings den Eindruck vermeiden, dass irgendwelche Regularien übergestülpt werden. Projekte sollen ihre Eigenständigkeit erhalten. Das Bündnis versucht Partnerstrukturen aufzubauen sowie ein unterstützendes Angebot zu installieren, also bestimmte Standards zu formulieren, z.B. im Bereich der Qualität von Angeboten..

SE Dr. Krebs erläutert, dass er der Kommunalen Gesundheitskonferenz angehöre, und im Arbeitskreis „Gesundheit im Alter“ mitarbeite. Dort wurde überlegt, wie die ältere Generation Unterstützungsarbeit in einzelnen Projekten, z.B. in Kindergärten, leisten könne. Die Senioren würden sich sehr gerne beteiligen.

Er bittet Herrn Sterzenbach über Frau Bredehorst Unterlagen an die zuständige Sachbearbeiterin im Gesundheitsamt, Frau Meißner, weiterzuleiten.

SE Frau Grimbach-Schmalfuß möchte wissen, ob der Behindertensportverband auch im Bündnis mitarbeitet.

Herr Sterzenbach verneint dies, würde sich aber freuen, wenn ein Kontakt hergestellt werden könnte.

5.7 Gemeinsame Trägerschaft der Lebensmitteluntersuchungseinrichtungen der Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen mit eigener Rechtspersönlichkeit 3883/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Kopfläuse in Kindergärten

RM Frau Gärtner hat verschiedene Hinweise erhalten, dass in den Kindergärten zunehmend wieder Kopfläuse aufgetreten seien. Das Problem sei offensichtlich, dass es keine Handhabe gäbe, Eltern entsprechend in die Pflicht zu nehmen, wenn sie nicht von der Hilfestellung des Gesundheitsamtes und der Kindergärten Gebrauch machen.

Welche Möglichkeiten hat die Verwaltung, außer, die Kinder auszuschließen?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

6.2 Kinderärztliche Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler

RM Frau Gärtner berichtet, dass von den zwei niedergelassenen Kinderärzten ein Arzt Chorweiler verlassen werde. Für die 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit zahlreichen kinderreichen Familien gäbe es dann nur noch einen Kinderarzt.

Kann die Verwaltung Abhilfe schaffen?

SE Herr Dr. Krebs teilt mit, die Seniorenvertretung sei bereits aktiv geworden. Am 12.11.2008 wird mit Herrn Dr. Leidel und mit dem Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Herrn Dr. Hutterer ein Gespräch zum Thema ärztliche Versorgung in Chorweiler stattfinden.

Der Beigeordneten Frau Bredehorst ist das Problem ebenfalls bekannt. Sie schlägt vor, die Situation in der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu diskutieren und den Ausschuss dann zu informieren.

6.3 Technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr

RM Frau Gärtner weist auf eine Veranstaltung für Rettungsdienste, Hilfsorganisationen und Feuerwehren am 05.11.2008 im Historischen Rathaus hin, in der die einzelnen Akteure unter anderem über ihre Aktivitäten berichteten. In diesem Zusammenhang beklagte sich ein Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr über die unzureichende technische Ausstattung, wie EDV und Funkdienst.

Sie möchte von der Verwaltung wissen, ob die Freiwilligen Feuerwehren so ausgestattet seien, dass eine nahtlose Kommunikation möglich ist.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

gez.

Bacher

(Ausschussvorsitzender)

gez.

Fuchsberger-Meyer

(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

13.1 Verkehrsübungsplatz Köln, Rolshover Straße hier: Beantwortung der Anfrage des RM Herrn Dr. Fladerer zur Zukunft des Verkehrsübungsplatzes aus der Sitzung vom 15.04.2008, TOP 24.1.1 4454/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Fladerer bittet, die Beantwortung auch dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis zu geben.

13.2 Reinigung der Kölner Spielplätze Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Fladerer in der Sitzung am 16.09.2008 4555/2008

RM Herr Dr. Fladerer fragt nach, ob die Reinigungsintervalle für alle Spielplätze gleich seien oder ob es auch abweichende Reinigungsintervalle gebe.

Herr Eppenich informiert darüber, dass grundsätzlich die in der Stellungnahme aufgeführte Regelung gelte, es aber auch Abweichungen gebe, z. B. dann, wenn die Sauberkeit nicht dem Qualitätsmanagement der Abfallwirtschaftsbetriebe entspreche.

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

14.1 Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rheincenter Weiden Gemeinsame Anfrage nach § 4 Geschäftsordnung von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 18.08.2008 AN/1626/2008

14.1.1 Stellungnahme der Verwaltung Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rhein Center Weiden 4547/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**14.2 Bebauungsplanverfahren Grünzug West
AN/2214/2008**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**14.3 Umweltbelastungen durch zwei Schrottplätze in Humboldt-Gremberg
AN/2223/2008**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine.

16 Beschlussvorlagen

**16.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bewertet den Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR), den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün (UGG) um Stellungnahme zu bitten, als vorteilhaft. Dadurch werde die unaufhörliche Vertagung zumindest für den UGG durchbrochen, auch wenn es eher unüblich sei, dass ein mitbeteiligter Ausschuss den Fachausschuss auffordert, Stellung zu nehmen. Bedauerlich sei, dass man sich innerhalb der anhaltenden Diskussion von der eigentlichen Zielsetzung, nämlich einem Entgegenwirken der Bestattungsflucht, einer Abbremsung der Gebührenspirale und damit einer Gebührensenkung für die Bürgerinnen und Bürger, fortbewegt habe.

Für ihn sei heute entscheidend, dass es sich um einen Satzungsbeschluss handle, dessen Ausgestaltung der Verträge noch im weiteren Verlauf möglich sei. Da sich für die SPD-Fraktion nach Vorliegen aller Stellungnahmen ein rundes Bild ergebe, werde sie der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

RM Herr Dr. Paul bekräftigt, auch die CDU-Fraktion werde beiden Vorlagen (*TOP 16.1 und 16.2*) zustimmen. Er merkt an, in Köln gebe es eine einmalige Situation vielfältiger Landschaften von Ortsfriedhöfen, die die CDU-Fraktion stets erhalten wollte und auch in Zukunft erhalten wolle. Darüber hinaus stünden auf den Friedhöfen viele Kulturdenkmale, die ebenfalls erhaltenswert seien.

Es gebe jedoch Tendenzen in der Kölner Bevölkerung, ihre verstorbenen Angehörigen nicht in Köln zu bestatten. So sei eine Größenordnung von 25%, wenn sie dauerhaft bestehe, schon Struktur gefährdend.

Daher seien die Überlegungen der Verwaltung richtig, diesen Tendenzen entgegen zu wirken. Ziel müsse sein, neue Bestattungsformen und -angebote zu schaffen, die eine Beisetzung in Köln für die Angehörigen attraktiv machten. Dies sei keine Verpflichtung, sondern vielmehr eine Eröffnung von mehr Wahlmöglichkeiten.

Hinsichtlich des Kooperationsmodells schließe er sich Herrn Bacher an. Es gehe darum, dass ein für richtig erkanntes Modell in der Zukunft auch den Kölnerinnen und Kölnern zugänglich gemacht werde. Auch sei niemand ausgeschlossen, so dass er als Kooperationspartner nicht zur Verfügung stehen dürfe. Vielmehr könnten sich alle Gewerke beteiligen und es gebe keine Bevorzugung eines bestimmten Gewerkes. Mittlerweile sei zudem relativ genau nachgewiesen, welche Voraussetzungen die einzelnen Kooperationspartner erfüllen müssen.

Sicher könne man nicht alle Angebote überall zulassen. Hinsichtlich Naturwald- und Baumgrabstätten werde man zunächst auf dem Ostfriedhof beginnen. Was das Kooperationsmodell angehe, seien individuell für die einzelnen Friedhöfe Obergrenzen gesetzt, sodass nicht eine Veränderung der gesamten Friedhofsstruktur befürchtet werden müsse.

Man werde die weitere Entwicklung beobachten und erwarte von der Verwaltung eine regelmäßige Berichterstattung, um im Zweifelsfall entgegensteuern zu können.

Wichtig für die CDU-Fraktion sei auch, dass die ordnungsbehördlichen Bestattungen auf bessere Grundlagen gestellt worden seien. Damit komme man den Wünschen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen entgegen, den Menschen, die in dieser Stadt gelebt haben und es sich nicht leisten können, bestattet zu werden, zumindest eine namentliche Nennung auf dem Grabstein zu ermöglichen.

Herr Dr. Paul macht darauf aufmerksam, dass er es nicht als angemessen und pietätvoll empfinde, wenn in der Satzung von einem sogenannten "Kölner Paket" gesprochen werde. Er bittet die Verwaltung, bei den nächsten Satzungen darauf zu achten, diesen Ausdruck nicht mehr zu verwenden.

Zusammenfassend stellt er fest, die Friedhofssatzung beinhalte einen Schritt zu mehr Wahlfreiheit in Köln und trage damit zum Erhalt der Friedhofsstruktur bei, so dass man der Vorlage zustimmen werde. Zu den einzelnen Anträgen werde er im weiteren Verlauf der Sitzung Stellung nehmen.

SE Herr Küh! verweist auf die Diskussion im AVR, die Vorlage nochmal zur Vorbera- tung in den UGG und anschließend in den AVR zu geben und bittet die Entscheidung zu der Friedhofssatzung zu vertagen, zumal der Alternativvorschlag hinsichtlich des Kooperationsmodells nur als Tischvorlage umgedruckt vorliege. Er sehe noch Klärungsbedarf über die Art und Weise der öffentlichen Ausschreibung der notwendigen Arbeiten und macht auf die sehr guten Leistungen der Friedhofsgärtner aufmerksam. Hier sei eine Festanstellung von neuen tariflich bezahlten Arbeitnehmern anzustreben. Eine Vergabe an Kooperationspartner mit externer Ausschreibung sei seiner Meinung nach nicht vorteilhaft, da dies einer Privatisierung nahekomme.

SE Herr Dr. Krebs weist hinsichtlich des Änderungsantrags der CDU-Fraktion (AN/1904/2008) darauf hin, dass die Ersetzung des Wortes "Blindenhunde" durch "Behindertenbegleithunde" irreführend sei, da beides gelten müsse. Es handle sich um unterschiedliche Tiere, die unterschiedlich ausgebildet seien, so dass die Formulierung in § 6 Abs. 2 h lauten müsse:

"Blindenhunde und Schwerbehindertenbegleithunde".

RM Herr Brust entgegnet zum Vorschlag von Herrn Kühl, eine Einstellung von neuen Friedhofsgärtnern, die aus den Friedhofsgebühren bezahlt werden müssten, führe zu höheren Gebühren und sei somit kontraproduktiv. Niemand bestreite, dass die Kölner Friedhofsgärtner gute Arbeit leisteten, aber schon jetzt würden Gräber nicht von Friedhofsgärtnern gepflegt, sondern von den Angehörigen bzw. privaten Friedhofsgärtnern. Daher könne man auch nicht von einer Privatisierung sprechen, wenn die Gräber auch weiterhin privat gepflegt werden. Das einzig Neue sei, dass eine Zusammenfassung der Gräber zu Feldern erfolge, um so eine rationellere und billigere Pflege zu erreichen. Dies schaffe zudem Arbeitsplätze in Köln, da die Bestattungen in Köln gehalten würden.

Auch sei der Antrag der Fraktion Die Linke nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar, da man als Stadt nicht private Leistungen ausführen könne. Schon aus diesem Grund könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Brust erinnert an die ursprünglichen Beratungen und merkt an, die Satzungen hätten bereits im Juni einvernehmlich beschlossen werden können, wenn nicht auf Melaten schon mit der Herrichtung des Feldes begonnen worden wäre.

Damals habe er im Rechnungsprüfungsausschuss eine Anfrage gestellt und die eindeutige Aussage des Rechnungsprüfungs- und Vergabebeamten erhalten, dass der Ausschuss beteiligt werden müsse, wenn auf einem Friedhof wie "Melaten" Änderungen vorgenommen werden. Daraufhin habe man einen Änderungsantrag gestellt, über den auch heute abgestimmt werden solle. Danach sollen die Gestaltungskonzepte der Kooperationspartner vor Vertragsunterzeichnung dem Ausschuss UGG zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Er habe jetzt hinsichtlich des Ausschreibungstextes, den die Verwaltung vorschlage, Probleme, da ursprünglich vorgeschlagen worden sei, der Reihe nach vorzugehen. Jetzt aber sehe der Vorschlag der Verwaltung eine Vergabe nach dem Losverfahren vor. Beides passe jedoch nicht zum gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es müsse sichtbar sein, dass der Ausschuss UGG auch Konzepte ablehne.

Da dies innerhalb der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch nicht abschließend geklärt sei, werde sie sich nicht an der Schlussabstimmung beteiligen. Grundsätzlich sei man für dieses Konzept und weise nochmal darauf hin, allen Gedanken an Korruption werde dadurch begegnet, dass man sich als Ausschuss mit jedem einzelnen Vertrag und Gestaltungskonzept befasse. Mit dem heutigen Satzungsbeschluss sei noch kein Kooperationsmodell sanktioniert, auch nicht das bereits begonnene. Auch dies werde noch im Ausschuss behandelt werden müssen.

SB Herr Dr. Albach teilt mit, die FDP-Fraktion stehe hinter der Satzung, da sie in die richtige Richtung weise, da sie Wahlfreiheit biete, die auch die Nutzer von Friedhöfen zu schätzen wüssten. Wenn man feststelle, dass der Wettbewerb und die Zugänglichkeit für alle Anbieter eingeschränkt seien, löse man das Problem dann und nicht schon jetzt. Eine rechtliche Lösung für alle Probleme, die man sich juristisch vorstellen könne, sei nicht erstrebenswert.

Auch wolle man nicht die Einführung eines neuen Planungsrechtes mit landschaftspflegerischem Begleitplan für jedes einzelne Gräberfeld, wie dies laut Tischvorlage anscheinend vorgesehen sei. Dies gehe zu weit und er stehe dem äußerst kritisch gegenüber, da dies mit einer Einführung der Planwirtschaft verbunden sei. Nicht der Ausschuss habe zu entscheiden, was beim Bürger und Nutzer ankomme, sondern der Nutzer selbst.

RM Herr Bacher bezweifelt, dass es so viele Bewerber gebe, so dass es zu einer Auswahl kommen werde. Welches Einzelunternehmen sei schon in der Lage, ein derartiges Kooperationsgräberfeld zu erstellen und 25 Jahre zu pflegen? Daher glaube er auch nicht, dass das Los gezogen werden müsse. Zur Vorstellung der Gestaltungskonzepte entgegnet er Herrn Dr. Albach, der Ausschuss solle sich vorab informieren können.

Er pflichtet Herrn Dr. Albach bei, dass derjenige, der dort bestatten lässt, das Entscheidungsrecht besitze. Er stehe jedoch voll und ganz zu diesem gemeinsamen Antrag, sich vorher die Verträge und die Gestaltungsvorschläge vorlegen zu lassen.

Herr Eppenich merkt zu den Auswahlkriterien an, die Verwaltung erwarte ebenfalls nicht, dass die Kooperationspartner "Schlange stehen", obwohl dies sicherlich wünschenswert sei. Für den Fall, dass mehr Bewerber vorlägen, sei das Losverfahren aus dem Vergaberecht als Alternative aufgenommen worden. Kriterien seien die genannten Rahmenbedingungen, so dass es auch Grenzen gebe. Bis zur Sitzung des AVR sei sicher eine Auswahlgestaltung möglich.

RM Herr Dr. Paul stellt klar, das Kooperationsmodell sei ein Punkt unter mehreren. Er halte es auch für richtig, dass sich der Ausschuss UGG die Entscheidung letztlich vorbehalten. Insoweit könne die CDU-Fraktion den gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur unterstützen. Ein neues Planungs- oder Gestaltungsrecht, wie die FDP-Fraktion dies befürchte, werde damit nicht geschaffen. Beim Kooperationsmodell sehe die CDU-Fraktion ebenfalls nicht, dass ein Bewerber bevorteilt und ein anderer benachteiligt werde.

zu 16.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlagen der Stadt Köln (DS-Nr. 3072/2008)

Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2008

AN/2141/2008

Beschluss:

1. Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Gestaltungskonzepte der Kooperationspartner im Rahmen des Kooperationsmodells sind dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vor Vertragsunterzeichnung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Kooperationsvertrag zur bereits begonnenen Fläche auf dem Melatenfriedhof wird dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Genehmigung vorgelegt. Weitere Kooperationsverträge bedürfen einer Zustimmung durch den Ausschuss nicht, sofern sie einen vergleichbaren Vertragsinhalt haben.

2. Die Satzung wird um eine Bestimmung zum Geltungsbereich mit folgender Maßgabe ergänzt:

„Das Angebot der Naturwaldbestattung ist zunächst bis zum 31.12.2011 befristet.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

zu 16.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlagen der Stadt Köln (DS-Nr. 3072/2008)

**Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2008 aus dem AVR vom 03.11.2008
AN/2139 /2008**

Beschluss:

wie oben zu 16.1 (da der Wortlaut des gemeinsamen Änderungsantrags aus dem AVR und dem UGG der gleiche ist, wird auf den Beschlusstext und das Abstimmungsergebnis verzichtet.)

zu 16.1 Friedhofssatzung

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke vom 11.09.08
aus dem AVR vom 03.11.08
AN/1852/ 2008**

Beschluss:

- § 27 wird gestrichen

alternativ

- § 27 wird wie folgt geändert:

Neuer Punkt (2):

»Städtische Gärtnerteams werden nach den Vorgaben des Punkt (1) alternative und herausragende Begleitgrün- und Bestattungsflächen modellieren und gestalten. Die Friedhofsverwaltung bietet damit besondere Grabfelder an. Der Erwerb eines Nutzungsrechts ist an den Abschluss eines Pflegevertrages gebunden, der für den Zeitraum des erworbenen Grabnutzungsrechts abzuschließen und nachzuweisen ist.

Die Grabpflege wird durch definierte Standards für das Gräberfeld sichergestellt. «

Alter Punkt (2) wird zu Punkt (3) und wie folgt ergänzt:

Ersten Satz ersetzen durch:

»Sollte die Stadt Köln auf Grund besonders wichtiger Umstände keine unter Punkt (2) genannten Gärtnerteams bilden können, kann sie zur Bewältigung der sich stellenden Aufgaben vorübergehend Kooperationen mit fachlich qualifizierten Partnern eingehen. «

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

16.1.1 Friedhofssatzung

Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008

AN/1491 /2008

Beschluss:

In §27 (2) wird eingefügt: "Der Dauerpflegevertrag ist in seiner Laufzeit auf die der Kooperation der Stadt Köln mit dem Kooperationspartner zu begrenzen."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von CDU-, SPD- und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

zu Friedhofssatzung

16.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008

3502/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

16.1.2 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen

3014/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

16.1.3 Bestattungs- und Friedhofssatzung

hier: Hinweise zu § 27 Abs. 2 des Satzungsentwurfes

3929/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

16.1.4 Friedhofssatzung

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2008

AN/1904 /2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher regt an, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Zum Vorschlag zu § 8 Abs. 2 könnte man das Wort "möglichst" einfügen, so dass der Satz heißt: "Dies soll möglichst im Einvernehmen mit den Angehörigen oder deren Beauftragten erfolgen".

Nach kurzer Abstimmung wird auch die Anregung von Herrn Dr. Krebs in den Beschlusstext aufgenommen.

RM Herr Dr. Paul geht kurz auf einzelne Punkte des Änderungsantrags und die damit verbundene Stellungnahme der Verwaltung ein. Er erklärt sich mit den jeweiligen Änderungen, wie im Sinne der Verwaltung, einverstanden.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher den so geänderten Änderungsantrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt folgende Änderungen der Friedhofssatzung:

- In § 6 Abs. 2 h werden nach dem Wort „Blindhunde“ die Worte "**und Schwerbehindertenbegleithunde**" eingesetzt.
- Der § 8 Abs. 2 wird um folgenden Satz ergänzt: „Dies soll **möglichst** im Einvernehmen mit den Angehörigen oder deren Beauftragten erfolgen“.
- In § 18 Abs. 5, S. 3 werden die Worte: „über die Steinmetz- und Bildhauerin-nung“ gestrichen.
- § 26 Abs. 1 wird wie folgt geändert und lautet neu: „Grundsätzlich wird die Naturwaldbestattung in Kombination mit einer in Köln durchgeführten Einäsche- rung vorgenommen“.
- In § 29 Abs. 3, S. 2 werden hinter dem Wort: „bodenbündig“ die Worte: „ - ohne Zwischenräume zum Boden -“ eingefügt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

zu Friedhofssatzung
16.1.4 Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungs- bzw. Zusatzantrag
der CDU-Fraktion vom 15.09.2008
4130/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

16.1.5 Kooperationsmodell und aktuelle Aktivitäten auf Melaten
Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen im AVR am 15.09.2008; AN/1782/2008
4023/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**16.1.6 Weitere Hinweise zum § 27 Abs. 2 des Entwurfes der Bestattungs- und Friedhofssatzung
4121/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**16.1.7 Friedhofssatzung
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion die Linke im AVR
4137/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**16.1.8 Bestattungs- und Friedhofssatzung
hier: Alternativvorschlag zum Auswahlverfahren von Kooperationspartnern
4970/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Abschließend lässt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher über die Verwaltungsvorlage **einschl. aller beschlossenen Änderungsanträge** abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) in der zu diesem Beschluss paraphierten (Anlage 2) **und in der durch die beschlossenen Anträge geänderten Fassung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Nichtbeteiligung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**16.2 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008**

zu 16.2 Friedhofsgebührensatzung

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke vom 11.09.08
aus dem AVR vom 03.11.08**

AN/1851/ 2008

Beschluss:

- Punkt 1 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

Der Punkt am Ende dieses Satzes wird gestrichen und ersetzt durch:

»und bittet die Verwaltung diese dahingehend anzupassen, dass die in Anlage 1 „Kalkulation der Gebührensatzung“ auf Seite 2 genannten Stellen zeitnah besetzt werden.«

- Punkt 2 wird vollständig ersetzt durch:

»Auf Grund der geänderten Gebührenbedarfsrechnung ist eine geänderte Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln zu erstellen, welche der Rat in einer späteren Sitzung des Jahres beschließt.«

- Punkt 3 wird neu hinzugefügt:

»Die in Anlage 1 „Kalkulation der Gebührensatzung“ auf Seite 2 genannten Stellen sind zeitnah durch externe Einstellungen zu besetzen, hierbei sind unter Berücksichtigung der Fördermöglichkeiten durch die Bundesagentur für Arbeit Langzeiterwerbslose bzw. ältere Erwerbslose besonders zu fördern.«

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

16.2.1 Friedhofsgebührensatzung

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2008 geb. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

AN/1631 /2008

RM Herr Dr. Paul betont, die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung beinhaltet erfreulicherweise Gebührensenkungen, die den Bürgerinnen und Bürgern zugute kämen. Danach begründet er kurz den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

RM Herr Bacher entgegnet, dem Antrag fehle die Zielsetzung. Die Größe von Trauer sei nicht messbar und hänge auch nicht mit dem Alter von verstorbenen Kindern zusammen. Auch wenn nach über 50 Ehejahren ein Partner sterbe, könne man nicht von einer geringeren Traurigkeit sprechen und Trauer als Maßstab für Gebührenfreiheit ansetzen. Aus diesem Grunde könne die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt folgende Änderungen der Friedhofssatzung:

- Für Kölner Kinder, die bis zum vollendeten 5. Lebensjahr versterben, werden keine Friedhofgebühren erhoben. Eine Deckung der dafür notwendigen Finanzmittel ist aus dem allgemeinen Haushalt zu generieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion.

16.2.2 Friedhofsgebührensatzung

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion die Linke im AVR

4133/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2008 (Anlagen 1-10) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 11).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.3 Sanierung der Groov-Teiche in Köln-Porz-Zündorf

2. Durchgang

2546/2008

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bei gesicherter Finanzierung die Maßnahmen zur Sanierung der Groov-Teiche nach folgenden Punkten umzusetzen.

1. Zur Sauerstoffanreicherung soll im Bereich des Grundwasserzulaufes/ Pumpenzulaufes an der oberen Groov der Einlass so hochgezogen werden, dass er als Speier oder Fontaine eingespeist wird und so für mehr Wasserbewegung und erhöhten Sauerstoffeintrag Sorge tragen kann.

Im Bereich des Mitteldammes soll mit einem entsprechend dimensionierten Bagger vom Mitteldamm aus Sediment abgebagert, verladen und im südlichen Bereich der Groov zum Abtrocknen zwischengelagert werden.

2. Vor dem Durchlassrohr, das die oberen und die unteren Groov-Teiche verbindet, soll ein Mönchsbauwerk errichtet werden. Außerdem sollen Solarpumpen

auf dem oberen Groov-Teich installiert werden.

3. Im südlichen Bereich des oberen Groov-Teiches soll an ausgesuchter Stelle ein Schilf- und Binsengürtel angelegt werden, hinter den mittels Solarpumpen Teichwasser gepumpt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.4 Freiraumkonzept "Zwischen schnellen Wegen" 3021/2008

Frau Bredehorst betont, sie gehe davon aus, dass bei der Umsetzung des Konzeptes die Abstimmungen bezüglich noch nicht konkret gefasster Maßnahmen nachgeholt werden. Im Konzept seien bisher keine Aussagen zum vorsorgenden Bodenschutz oder zu erforderlichen Befreiungen von Bestimmungen zu Landschaftsschutzgebieten und möglicherweise erforderlichen Maßnahmen zur Kompensation für die absehbaren Inanspruchnahmen von Flächen enthalten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt das Freiraumkonzept „Zwischen schnellen Wegen“ und beauftragt die Verwaltung mit der sukzessiven Umsetzung nach gesicherter Finanzierung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.5 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide) 2. Durchgang 3544/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, gem. § 27c Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV.NRW.S.568), zuletzt geändert am 19. Juni 2007 (GV.NRW.S.226), ber. 15. August 2007 (GVBl.S.316),

1. den Entwurf der 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide) gemäß den Anlagen 1 und 2 für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen,
2. den Auslegungsbeschluss öffentlich bekannt zu machen,
3. die Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.6 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher informiert die Ausschussmitglieder, der Stadtentwicklungsausschuss (StEA) habe einen leicht veränderten Beschluss gefasst und empfiehlt, wie dieser zu beschließen.

Frau Bredehorst berichtet, dass zu dem Bereich des Gebietes Untersuchungsergebnisse bezüglich der industriellen Vornutzung der Altstandorte / Altablagerungen vorlägen. Zudem laufe derzeit im Auftrag des Fachamtes 15 (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) eine Untersuchung zur Machbarkeit bzw. zum erforderlichen Aufwand für die Herstellung des „Grünzuges Charlier“, der über einer bekannten Altablagerung realisiert werden soll.

Auf die Frage von SB Herrn Dr. Albach, wie genau die Erweiterung des Grünzugs in Verlängerung der Danzierstraße zu verstehen sei, antwortet Herr Wevering, es handle sich um den Bereich zwischen Hafenstraße und Deutz-Mülheimer Straße. Hauptgegenstand der vorgeschlagenen Gebietsausweisung sei die Flächensicherung entlang des Mülheimer Hafens und des Rheins, im südlichen Bereich die Verbindung über den sog. Grünzug Charlier bis zur Deutz-Mülheimer-Straße. Im nördlichen Bereich sei noch die Verknüpfung mit den rheinzuführenden Grünverbindungen in Höhe der Fußgängerbrücke vorgeschlagen worden. Dargestellt ist für das Sanierungsgebiet eine freie Fläche nördlich eines denkmalgeschützten Gebäudes.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Stadtentwicklungsausschuss angeregt, auch die Fläche südlich der denkmalgeschützten Halle bis zur Nordfassade des Unternehmens Penox mit einzubeziehen. Aus Sicht der Verwaltung gebe es hinsichtlich dieser Anregung keine Bedenken.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ergänzten Beschlusstext (wie StEA) zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, folgenden **ergänzten Beschluss** zu fassen:

Der Rat beschließt gem. § 142 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier' in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen bis zum 31.12.2020.

Ergänzung:

Die im nördlichen Bereich vorgesehene Verbindung der den Rhein begleitenden Grünflächen mit der Deutz-Mülheimer Straße wird nach Süden um ca. 25 m bis auf die Höhe der Einmündung Danzierstraße erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR - Konzept zur Umsetzung des § 61 a LWG NW
(Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksleitungen)
4123/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Konzept der Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB) „Dichtheitsprüfungen privater Grundstücksentwässerungsleitungen“ zur Umsetzung des § 61a Landeswassergesetz NW (LWG NW) zur Kenntnis und beschließt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung

- die Satzung zur Festlegung der Anforderungen an die Sachkunde bei der Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 LWG NW
 - Sachkundesatzung -
- die Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61a Abs. 3 bis 5 LWG NW für die Grundstücke im Stadtbezirk 2 (Hahnwald, Immendorf, Marienburg, Raderthal, Rodenkirchen, Rondorf, Sürth, Weiß und Zollstock), Stadtbezirk 6 (Roggendorf/Thenhoven), Stadtbezirk 7 (Westhofen) und Stadtbezirk 9 (Dünnwald, Flittard und Höhenhaus)
 - Fristensatzung 1 - .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.8 Lieferung von Parkbänken und Papierkörben
4237/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Beschaffung von Parkbänken und Papierkörben für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.9 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung
2617/2008**

Beschluss: (wie TOP 4.5)

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden geänderten Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele in vorgelegter Form.
 2. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten – mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.
 3. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.
- Die Beschlussfassung über die in der Vorlage enthaltenen Beschlüsse Nr. 2 und 4, die sich auf das Haushaltsjahr 2010 ff. beziehen, sollte dem neu gewählten Rat überlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 17.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3385/2008

Von der Verwaltung zurückgezogen

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

19 Mitteilungen

- 19.1 verschoben nach TOP 5.7**

- 19.2 Pappeln am Rheinufer**
4396/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 19.3 Sanierung und Aufwertung des Äußeren Grüngürtels - Teilbereich Kalscheurer Weiher**
4397/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.4 Abschluss der Arbeiten der Stadtverwaltung zur ersten Stufe der Lärmkartierung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie 4003/2008

RM Herr Dr. Paul bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher wendet sich an die Verwaltung und unterstreicht diese Bitte.

20 Mündliche Anfragen

20.1 Einsatz von Titandioxid-beschichteten Pflastersteinen zur Reinigung der Luft von verkehrsbedingten Schadstoffen Mündliche Anfrage von RM Frau Frebel

RM Frau Frebel fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es mit Titandioxid beschichtete Pflastersteine gebe, die in der Lage seien, die Luft von Stickstoffdioxid zu reinigen.

Herr Dr. Arentz führt aus, diese Pflastersteine seien der Verwaltung bekannt. Die Anbieter von Titandioxid-beschichteten Pflastersteinen und anderen Bodenbelägen seien verstärkt an die Verwaltung heran getreten, um diese in Köln zur Reinigung der Luft von verkehrsbedingten Schadstoffen einzusetzen. Dazu habe die Verwaltung folgende Hintergrundinformationen recherchiert.

Das Verfahren sei in Italien entwickelt worden und werde dort auch bereits eingesetzt. Der Nachweis der tatsächlichen Wirksamkeit des Verfahrens sei jedoch bisher nur im Labormaßstab nachgewiesen. Freilanduntersuchungen mit validierbaren Ergebnissen fehlten. Es gebe zurzeit zwei Projekte in Sachsen, bei denen größere Flächen mit diesem Belag ausgestattet und durch das Fraunhofer Institut messtechnisch begleitet würden. Ein weiteres Projekt werde an der Universität von Hangeloo in den Niederlanden durchgeführt. Da zur Auslösung des Reinigungsvorgangs die Einstrahlung von kurzwelligem Sonnenlicht notwendig sei, werde unter deutschen Verhältnissen mit Sicherheit eine geringere Wirksamkeit als in Italien erzielt.

Die Verwaltung hätte bereits Kontakte mit lokalen Anbietern in Köln geknüpft, um hier ein solches Projekt durchzuführen. Da die Anbieter der Steinplatten nicht bereit gewesen seien, die Kosten für die Begleitforschung zu übernehmen, sei davon Abstand genommen worden. Sobald von den anderen Pilotprojekten verlässliche Ergebnisse vorlägen, werde die Verwaltung diese dem Ausschuss zur Kenntnis bringen, bzw. werde die Verwaltung gegebenenfalls solche Materialien zur Unterstützung der Umweltzone auch in Köln einbauen.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)